

Unsere politischen Schwerpunkte

2018–2024





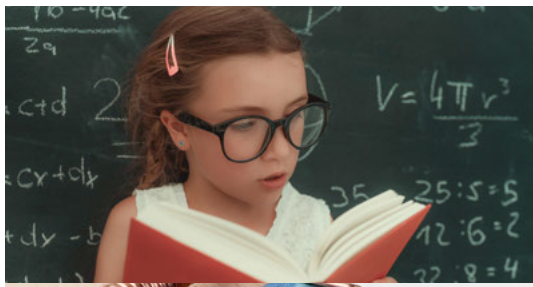
Ziel und Aufgabe dieses Schwerpunkte-Katalogs

Der Kanton Bern verfügt dank seiner zentralen Lage innerhalb der Schweiz und Europas sowie der Arbeitsmotivation der ansässigen Bevölkerung über ein positives Potential. Trotzdem gehört er heute nicht zu den stärksten Wirtschaftskantonen der Schweiz. Nur gerade die Agglomeration Bern vermag im Wettbewerb mit den besten Standorten des Landes mithalten. Dies gilt es zu ändern. **Wachstum lässt sich allerdings nicht staatlich verordnen.** Staatswirtschaft und Staatseingriffe in die private Wirtschaft bringen kein Wachstum und verletzen zudem das Prinzip des Vorrangs der Privatwirtschaft (Subsidiaritätsprinzip). Vielmehr muss die Politik dafür sorgen, dass die Unternehmen in unserem Kanton ein vorteilhaftes Umfeld antreffen,

welches ihre Tätigkeit erleichtert und ihnen erlaubt, einen höheren Wachstumsbeitrag zu leisten.

Hauptaufgabe des Handels- und Industrievereins des Kantons Bern (HIV) ist es, für ein solches gedeihliches Umfeld zu kämpfen. Der vorliegende Katalog soll den Mitgliedern, den Behörden und der Öffentlichkeit zeigen, in welchen volkswirtschaftlich relevanten Bereichen sich der Verband engagiert und welche Ziele er dabei verfolgt.

In Anbetracht der kantonalen Ausrichtung des Verbandes werden vorliegend Rahmenbedingungen thematisiert, für deren Ausgestaltung der Kanton und mithin die Gemeinden überhaupt kompetent und verantwortlich sind.



Vier Schwerpunkte

Standortbedingungen entscheiden über das Wohlergehen von Staaten und Regionen. Der Wettbewerb um Einwohner, Investitionen und Arbeitsplätze ist voll im Gange und hat sich in den vergangenen Jahren akzentuiert. Die Bevölkerung und die Unternehmen sind mobiler geworden und die Distanzen als Folge der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur kürzer.

Man lässt sich dort nieder, wo die Rahmenbedingungen den Bedürfnissen am besten entsprechen. Befragungen von Unternehmen nach den wichtigsten regionalen Standortfaktoren bringen es regelmässig an den Tag: Bevorzugt werden ein grosses und gut ausgebildetes Arbeitskräftepotential, intakte Infrastrukturen, ein attraktives Angebot an Büro- und Gewerbeflächen, schlanke Regulierungen sowie geringe Abgaben.

Auch in Ratings über Standortqualitäten werden meistens Faktoren wie der Ausbildungsstand der Bevölkerung, die Verfügbarkeit von Fachkräften, die verkehrstechnische Erreichbarkeit und die Steuerbelastung der natürlichen und juristischen Personen genannt.

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern fokussiert daher seine Politik auf eben diese Faktoren.

Er will im Sinne von Schwerpunkten

- **die Bildung stärken**
- **die Verkehrserschliessung verbessern**
- **die Steuern senken und**
- **die Bürokratie abbauen.**



Umfassende, wirtschaftsorientierte Politik

Die vorliegenden Ausführungen beschränken sich bewusst auf vier Schwerpunkte. Der Handels- und Industrieverein engagiert sich jedoch im Rahmen seiner Wirtschaftspolitik auch in anderen Bereichen, welche für die privaten Unternehmen relevant sind. Dazu gehören beispielsweise die Arbeitsmarktpolitik (gemeinsam mit den Sozialpartnern), die Handels- und Gewerbepolitik, die Raumplanung (Ausscheidung von ausreichend Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungszonen an geeigneten Standorten), die Standortpolitik im Messewesen, die Spitalpolitik, die Sozialpolitik, die Gestaltung von Verwaltungsstrukturen, die Tourismuspolitik und Fragen der interkantonalen Zusammenarbeit.

Der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern verfolgt gemeinsam mit dem Dachverband *economiesuisse* ganz allgemein eine Ordnungspolitik, welche die Öffnung der Märkte, die Stärkung des Wettbewerbs, die Befreiung von Regulierungen, gesunde Staatsfinanzen, flexible Arbeitsmärkte und ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem zum Ziel hat. Leitmotiv ist das Vertrauen in die Selbstverantwortung und Entscheidungsfähigkeit des Menschen.



Schwerpunkt «Bildung stärken»

Leitsatz: Die Bildung richtet sich nach den Ansprüchen der Arbeitswelt und folgt dem Prinzip von fördern und fordern. Die duale Berufsbildung wird gestärkt. Die Hochschulen fokussieren und profilieren sich.

Grundsätzliches

Ein attraktives, auf Leistung ausgerichtetes Bildungswesen ist eine der bedeutendsten Grundlagen für ein gesundes Wirtschaftswachstum. Dies insbesondere im Hinblick auf die erhöhten Anforderungen, welche die Digitalisierung an die Arbeitskräfte aller Stufen stellt. Insgesamt erweist sich das Leistungsniveau der Schweizer und der Berner Volksschüler gemäss PISA-Untersuchungen in den drei getesteten Fachbereichen Mathematik,

Naturwissenschaften und Lesen über mehrere Zyklen hinweg als «stabil». Allerdings schnitt die Schweiz 2015 in allen Fächern schlechter ab als beim letzten Vergleich 2012. In Mathematik verlor sie 10 Punkte, in den Naturwissenschaften 9 und im Lesen gar 17 Punkte. In der Mathematik erreicht die Schweiz das beste europäische Resultat. In den Naturwissenschaften ist sie signifikant besser als der OECD-Durchschnitt. Im Lesen liegen

die Schweizer hingegen lediglich im Durchschnitt aller OECD-Staaten.

Ein wissensorientiertes Land darf sich mit vergleichsweise guten Ratings nicht zufrieden geben. Unser Anspruch muss es sein, in der Bildung international an der Spitze zu stehen.

Eine Umfrage von *economiesuisse* zeigt, dass für die Schweizer Wirtschaft nur wenige Kompetenzen tatsächlich im Vordergrund stehen, nämlich in den Bereichen Erstsprache und Mathematik. Viele Unternehmen sind der Ansicht, dass hier Verbesserungen notwendig sind.

Junge Menschen werden in Zukunft ihre tertiäre Ausbildungsstätte weniger nach der Nähe ihres Wohnorts auswählen, sondern vielmehr aufgrund der Qualität des Studienganges und des Prestiges

der Schule. Dadurch intensiviert sich der Wettbewerb zwischen den Hochschulen. Die Berner Hochschulen müssen in diesem nationalen und internationalen Bildungswettbewerb ihre Stellung behaupten und sich stärker fokussieren und profilieren. Mit den vorhandenen Mitteln muss zudem nach dem Motto «mehr Bildung und weniger Verwaltung und Beton» eine bessere Wirkung erzielt werden.

Das Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung ist gleichwertig mit der akademischen Ausbildung zu stärken. Der Kanton Bern ist zudem von einer Chancengleichheit zwischen öffentlichen und privaten Bildungsanbietern noch entfernt. Ein echter und fairer Wettbewerb würde zu einer Qualitätssteigerung und gleichzeitig zu kostengünstigeren Leistungen insgesamt führen.

Forderungen im Einzelnen

- Erstsprache und Mathematik sind nach wie vor Dreh- und Angelpunkt für die gesellschaftliche und berufliche Karriere.
- Bei den Integrationsbemühungen ist das Schwergewicht auf den Erwerb der Amtssprache (je nach Wohnort Deutsch oder Französisch) zu legen.
- Der Ausbildung, Selektion und Weiterbildung von Lehrpersonen ist hohe Bedeutung beizumessen. Um die guten Lehrkräfte zu stärken, sollen mit der Privatwirtschaft vergleichbare Anstellungsbedingungen gelten (Einbezug einer Leistungskomponente).
- Alle Schulabgänger müssen bei der Beendigung der ordentlichen Schulzeit die Ansprüche der (digitalen) Arbeitswelt und der weiterführenden Schulen erfüllen.
- Das Interesse der Jugendlichen an technischen und naturwissenschaftlichen Fächern muss verstärkt geweckt werden, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

- Die duale Berufsbildung ist zu stärken und gleichwertig mit akademischen Ausbildungsformen zu fördern. Die Erhöhung der Maturitätsquote ist kein bildungspolitisches Ziel.
- Der Kanton Bern fördert das unternehmerische Denken und die Eigeninitiative durch spezifische neue Unterrichtsmodule auf allen Bildungsstufen. Er fördert Institutionen, die den digitalen Wandel unterstützen.
- Die Fachhochschul-Campus an den Standorten Bern und Biel sind rasch zu realisieren. Parallel soll das Teclab am Standort Burgdorf etabliert werden.
- Fachhochschulen und Universität sollen ihre Bildungsschwerpunkte präziser auf die Ansprüche der Arbeitswelt ausrichten. Die Angebote sind zu fokussieren und gesamtschweizerisch zu koordinieren. Den technischen Ausbildungen ist hohes Gewicht beizumessen.
- Die intensive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Fachhochschulen und Universität ist mit dem Ziel einer rascheren Umsetzung der Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung (Wissens- und Technologietransfer) weiterzuführen.
- Dem Wildwuchs an Post-Graduate-Abschlüssen ist ein Ende zu bereiten, damit deren Beurteilung durch die HR-Verantwortlichen der Unternehmen im Rahmen eines Anstellungsprozesses gewährleistet werden kann. Die staatlich finanzierten Institutionen verzichten auf Angebote, die bereits von Privaten in ausreichender Qualität bereitgestellt werden.
- Die Universität Bern soll sich klar als Elite-Bildungsinstitution positionieren. Anstelle des numerus clausus sollen ab dem ersten Semester regelmässige Zwischenprüfungen die Bildungsqualität gewährleisten (wie in den welschen Kantonen).
- Die International School of Berne ist weiterhin zu unterstützen. Für internationale Unternehmen aber auch für Schweizer Firmen mit ausländischen Fachkräften sind Ausbildungsmöglichkeiten für Kinder in fremden Sprachen entscheidend.



Schwerpunkt «Verkehrerschliessung verbessern»

Leitsatz: Individual- und öffentlicher Verkehr erfüllen im Rahmen eines Gesamtkonzepts die Mobilitätsbedürfnisse der Unternehmen und dienen damit optimal der Volkswirtschaft.

Grundsätzliches

Qualitativ gute Verkehrsinfrastrukturen sind eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung von Regionen. Regionen mit gutem Zugang zu den verschiedenen Märkten sind produktiver, wettbewerbsfähiger und somit grundsätzlich erfolgreicher als Regionen, welche schlecht erreichbar sind. Ökonomisch ist dies auf tiefere Transport- und Zeitkosten zurückzuführen.

Die Verkehrerschliessung des Kantons Bern genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Insbesondere im Bereich des motorisierten Individualverkehrs hat der Kanton in den letzten Jahren an Standortgunst verloren und die öffentlichen Transportmittel sind in den Spitzenzeiten vielerorts überfüllt. Alle Analysen zeigen zudem, dass die Mobilität laufend zunimmt

und dieser Trend auch künftig anhält. Daran dürfte die Elektromobilität und das selbstfahrende Auto in absehbarer Zeit nur wenig ändern. Gemäss Referenzszenario, das grundlegende Entwicklungen aus der Vergangenheit fortschreibt, aber auch Tendenzen wie die alternde Gesellschaft oder neue Arbeitsformen aufnimmt, steigt die jährliche Verkehrsleistung des Personenverkehrs von 2010 bis 2040 um 25 Prozent auf 145 Milliarden Personenkilometer. Im Personenverkehr nehmen die Personenkilometer im öffentlichen Verkehr um 51 Prozent überdurchschnittlich zu. Der Güterverkehr auf der Schiene wächst mit einem Plus von

45 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich. Die Strasse bleibt aber sowohl im Personen- wie auch im Güterverkehr weiterhin der Hauptverkehrsträger. Damit der wirtschaftsrelevante Verkehr nicht im Stau stecken bleibt, bedarf es sowohl einer Infrastrukturverbesserung und Fahrplanverdichtung beim öffentlichen Verkehr als auch eines Ausbaus der Strasseninfrastruktur. Im Weiteren sind auch Massnahmen zur Verminderung von Pendlerströmen (Brechen von Verkehrsspitzen) zu treffen (Homeoffice für Angestellte in der Kantonsverwaltung, flexiblere Arbeitszeitmodelle und Schulbeginne, dezentrale Verwaltung etc.).

Forderungen im Einzelnen

- Ganz allgemein sind Verkehrsprojekte rascher zu realisieren und Behinderungen zu minimieren.
- Verkehrsvorhaben beziehungsweise Engpassbeseitigungen sind nach Wachstumskriterien zu priorisieren, das heisst im künftigen Strassennetzplan, dem Investitionsrahmenkredit Strasse, dem öV-Infrastrukturrahmenkredit und dem öV-Angebotsbeschluss wird das Gesamtverkehrssystem optimal auf den volkswirtschaftlichen Nutzen ausgerichtet.
- Der Kanton Bern setzt sich dafür ein, dass Berns Autobahn-Tangenten Murifeld und Felsenau (Felsenauviadukt) rasch ausgebaut werden.
- Die Zufahrt Emmental und die Wirtschaftsstrasse Oberaargau sind möglichst rasch zu realisieren.
- Die Südumfahrung Bern ist zur Verbesserung der Netzredundanz und zur Erschliessung von Köniz als 2-spurige Hochleistungsstrasse zu realisieren.
- Der Ausbau der A1 Bern-Zürich auf durchgehend sechs Spuren bzw. der Abschnitt Wankdorf-Schönbühl auf acht Spuren ist voranzutreiben.
- Der Brünigübergang soll ausgebaut werden.
- Die A5-Westumfahrung Biel ist im Sinn der durch den Bundesrat genehmigten Variante rasch möglichst zu realisieren.
- Der Verkehrsfluss auf den Hauptverkehrsachsen im «kantonalen Wirtschaftszentrum Stadt Bern» muss dringend verbessert werden.

- Das Angebot an öffentlichem Verkehr in den Agglomerationen soll weiter ausgebaut und attraktiver werden.
- Die Kantonshauptorte und die regionalen Zentren der Hauptstadtregion sind über ein Netz von leistungsfähigen und direkten Bahnangeboten halbstündlich mit Bern zu verbinden.
- In der Agglomeration Bern ist die Tramlinie nach Ostermundigen rasch möglichst zu realisieren. Auf eine zweite Tramachse durch die Speichergasse ist zu verzichten (Anlieferachse).
- Der Ausbau des Bahnhofs Bern und des RBS-Tiefbahnhofs sind voranzutreiben und planungsgemäss fertigzustellen.
- Der Kanton Bern setzt sich dafür ein, dass der Lötschberg-Basistunnel für den 30-Minuten-Takt der Intercityzüge ins Wallis und für den Güterverkehr durchgehend auf zwei Spuren ausgebaut wird.
- Die Anbindung des Kantons Bern an den internationalen Luftverkehr soll weiterhin gefördert werden.
- Bei der Behebung von Sicherheitsdefiziten auf Strasse sowie dem Ausbau und der Umgestaltung ist auf überhöhte Standards (Luxusvarianten) zu verzichten und hinsichtlich der Ausgestaltung der Projekte sind Lösungen zu treffen, die im Rahmen der beschränkten Mittel eine Aufrechterhaltung oder Verbesserung der Erschliessungsqualität zum Ziel haben (z. B. Verzicht auf unnötige Kreisel oder Strassenumgestaltungsmaßnahmen).
- Mobilitypricing ist nur dann eine mögliche Option, wenn dabei die verschiedenen Verkehrsarten (motorisierter Individualverkehr, öV etc.) und stark verkehrsbelastete Regionen im ganzen Land einbezogen werden und eine internationale Abstimmung erfolgt. Eine Beschränkung auf Roadpricing bzw. auf die Region Bern kommt nicht in Frage, auch nicht im Rahmen eines Pilotprojekts.



Schwerpunkt «Steuern senken»

Leitsatz: Die Steuerbelastung nähert sich dem schweizerischen Durchschnitt. Die Haushaltspolitik schafft Spielraum für Steuersenkungen.

Grundsätzliches

Die Steuern für natürliche Personen im Kanton Bern liegen heute gut 20 Prozent über dem schweizerischen Durchschnitt. Bei den juristischen Personen belegt der Kanton Bern ebenfalls einen Platz im hintersten Teil der interkantonalen Rangliste.

Die Steuereinnahmen nehmen zwar jedes Jahr zu, werden aber durch das stete Wachstum der Staatsausgaben jeweils aufgezehrt. Die Staatsquote hat sich nach ständigem Anstieg seit 2013 auf hohem Niveau stabilisiert, sollte aber wieder gesenkt werden.

Forderungen im Einzelnen

- Im Rahmen von Steuergesetzrevisionen sind Entlastungen bei den natürlichen Personen, insbesondere bei Kadern der Wirtschaft, vorzusehen. Heute können Kader oft nur zu einem Umzug nach Bern motiviert werden, wenn ihnen die Steuerdifferenz ausgeglichen wird.
- Die Gewinnsteuern der juristischen Personen sind zu senken mit dem Ziel, den Spitzenrang im interkantonalen Vergleich zurückzugewinnen. Im Weiteren ist ein Proportionaltarif einzuführen.
- Die Pauschalbesteuerung ist beizubehalten und als Instrument zur Förderung des Berggebietes moderat zu gestalten.
- Im Kanton Bern werden die Vermögenssteuern bei ertragsschwachen qualifizierten Beteiligungen begrenzt. Diese im Vergleich zu anderen Kantonen attraktive Regelung ist zu bewahren.
- Der finanzpolitische Handlungsspielraum kann einerseits durch den Wachstumseffekt zufolge Steuersenkung und andererseits durch Sparmassnahmen, Effizienzsteigerungen und Outsourcing von Aufgaben zurückgewonnen werden.
- Der Personalbestand in der kantonalen Verwaltung ist zu reduzieren und die Lohnsumme zu plafonieren. Dadurch besteht auch Spielraum für eine bessere Kaderentlohnung.
- Die Staatsquote ist zu reduzieren und das jährliche Ausgabenwachstum zu plafonieren (Orientierung z. B. am BIP).
- Steuersenkungen dürfen nicht mit höheren Gebühren aller Art kompensiert werden. Die Gebühren beziehungsweise die ihnen zugrundeliegenden Kosten sind regelmässig zu überprüfen (Benchmarking mit der Privatwirtschaft und anderen Gemeinwesen).



Schwerpunkt «Bürokratie abbauen»

Leitsatz: Bei jeder Regulierung ist konsequent eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Neue Regulierungen werden immer daraufhin überprüft, ob und inwiefern sie bei Unternehmungen und staatlichen Verwaltungen bürokratischen Mehraufwand auslösen. Bestehende administrativintensive Prozesse sind zu optimieren und zu vereinfachen.

Grundsätzliches

Überregulierung und Bürokratie bremsen Innovation und Wohlstand. Bei der Frage nach dem Problem, das die Schweizer Politik am dringendsten lösen sollte, um das Umfeld für Unternehmungen zu verbessern, nannten in einer repräsentativen Umfrage 2017 mit Abstand die meisten Geschäftsleitungsmitglieder die hohe Regulierungsdichte und die damit verbundene Bürokratie.

Zunehmende Bürokratie wird hauptsächlich verursacht durch den Erlass von immer mehr Regulierungen, ohne zu überprüfen, ob sie zusätzliche Administrativaufgaben ohne jegliche wertschöpfende Wirkung auslösen. Folgen davon sind eine Aufblähung von staatlichen Verwaltungsapparaten und höhere Verwaltungskosten bei Unternehmungen.

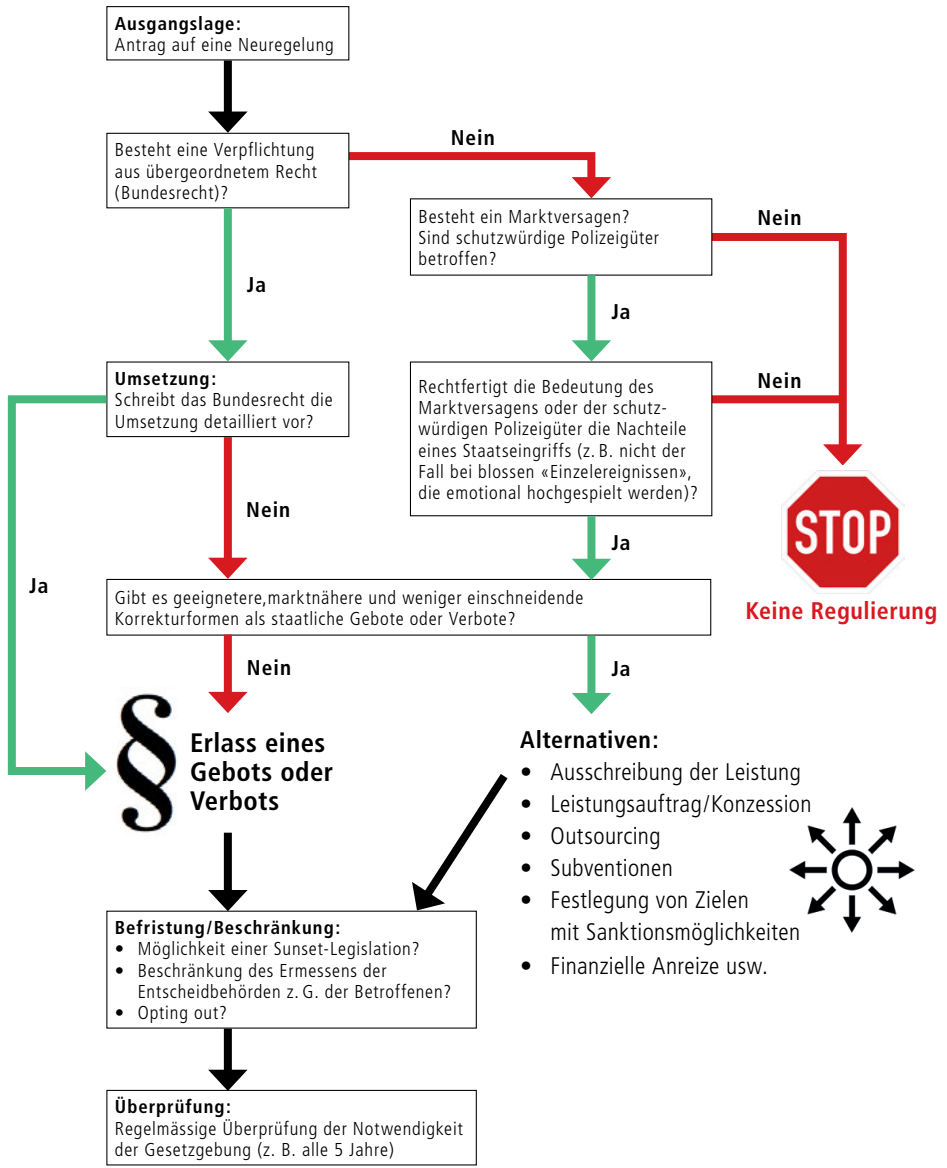
Zunehmende Bürokratie bedeutet letztlich höhere Kosten ohne Wertschöpfung, weniger Gewinn, weniger Investitionen, weniger Steuereinnah-

men, weniger Arbeitsplätze, weniger Wohlstand und somit tiefere Standortattraktivität.

Forderungen im Einzelnen

- Wenn in einem Bereich eine Regulierung notwendig ist, so soll diese grundsätzlich Leitplanken enthalten anstatt bis ins letzte Detail alles korrektartig regeln.
- Einschränkende Erlasse sind - wenn immer möglich und sinnvoll - zeitlich zu befristen (Sunset-Klauseln).
- Jede Verwaltungsstelle hat ihr Ermessen im Zweifel stets zugunsten des Betroffenen auszuüben (Kundenorientierung).
- Bei der Umsetzung von Bundesrecht hat sich der Kanton auf die zwingend vorgeschriebenen Elemente zu beschränken (kein «Bernese Finish»). Auf nicht zwingende Regulierungen, die den Kanton Bern insbesondere im interkantonalen Vergleich zusätzlich hemmen, ist konsequent zu verzichten.
- In allen Bereichen der Verwaltungstätigkeit sind die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, um Prozesse einfach und unbürokratisch zu gestalten. Ausserdem ist der Bevölkerung zu ermöglichen, alltägliche Geschäfte mit den Behörden elektronisch abzuwickeln (e-Gouvernement, (z. B. e-Baubewilligung).
- Die regulatorische Umsetzung von blossen Empfehlungen der Bundesebene ist kritisch zu hinterfragen (z. B. Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich MuKE).
- Bevor eine staatliche Aktivität in Angriff genommen wird bzw. eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, ist gemäss nachfolgendem Flussdiagramm zu überprüfen, ob sie auch ökonomisch Sinn ergibt. Ziel muss es sein, nur noch dort staatliche Eingriffe und Leistung ins Auge zu fassen, wo besondere Rechtfertigungsgründe vorliegen und wo Alternativlösungen nicht sinnvoll sind:

Prüfung wirtschaftspolitischer Vorlagen – Braucht es eine Vorschrift?



 **HANDELS- UND INDUSTRIEVEREIN
DES KANTONS BERN**
Berner Handelskammer

Kramgasse 2, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 388 87 87, Telefax 031 388 87 88
www.bern-cci.ch, info@bern-cci.ch